

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 07.11.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 23:05 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

(Herr Bader)	(Herr Kühn)
Herr Bley	Herr Lehmann
Herr Dr. Blöcker	(Herr Manlik)
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Frau Pantazis
Herr F. Flake	Herr Rosenbaum
Herr Graffstedt	Herr Schatta
Frau Gries	Herr Scherf
(Herr M.Hahn)	Frau Schneider
Frau S. Hahn	Herr Scholze
Herr Hinrichs	Herr Schrader
Frau vom Hofe	Frau Schütze
Frau Ihbe	Frau Seiffert
Frau Jalyschko	Herr Sommerfeld
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Johannes	Herr Weber
Herr Jordan	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Hanke
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.09.2017
- 3 Mitteilungen
- 4 Anträge
 - 4.1 Grundlagen- und Machbarkeitsstudie: Fahrscheinfreier ÖPNV in Braunschweig
Antrag der Gruppe Die Fraktion P² 17-05375
 - 4.2 Schmerzzentrum wieder in Betrieb nehmen
Antrag der AfD-Fraktion 17-05511
 - 4.3 Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und - experten
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BIBS 17-05620
 - 4.3.1 Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und - experten
Stellungnahme der Verwaltung 17-05620-01
 - 4.4 Zusätzliche Ratssitzung
Antrag der AfD-Fraktion 17-05686
 - 4.5 Schützenswerte Tiere im Holzmoor
Antrag der BIBS-Fraktion 17-05683
- 5 Änderung der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses 17-05446
- 6 Besetzung der Ausschüsse
- Benennung von Stellvertreterinnen und Stellvertretern
- Bürgermitglied im Planungs- und Umweltausschuss 17-05672
- 7 Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis 17-05478
- 8 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung) 17-05309
- 9 Änderung der Entgeltordnung über die Tierkörpersammelstelle Braunschweig 17-05439
- 10 Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans 17-05566

11	<p>Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy 	17-05627
11.1	<p>Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy 	17-05627-01
11.2	<p>Änderungsantrag zu den Vorlagen "Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021..."</p> <p>Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>	17-05761
11.2.1	<p>Änderungsantrag zu den Vorlagen "Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021..."</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung</p>	17-05761-01
11.3	<p>Änderungsantrag zu den Beschlussvorlagen 17-05627 und 17-05628</p> <p>Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy <p>Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.</p>	17-05780
11.4	<p>Änderungsantrag 2 zu den Beschlussvorlagen 17-05627 und 17-05628</p> <p>Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy <p>Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.</p>	17-05781
11.5	<p>Änderungsantrag zu den Vorlagen "Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021..."</p> <p>Änderungsantrag der BIBS-Fraktion</p>	17-05779
12	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	17-05468
13	Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung)	17-05426
14	Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung)	17-05423

15	Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)	17-05435
16	Kinder- und familienfreundliche Stadt Braunschweig Ausbau der Kinderbetreuungsplätze	17-04871
17	Schulentwicklungsplan für die allgemein bildenden Schulen (SEP): Teil I zu weiterführenden Schulen und Grundschulen	17-05461
17.1	Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 17-05461 Schulentwicklungsplan für die allgemein bildenden Schulen (SEP): Teil I zu weiterführenden Schulen und Grundschulen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	17-05690
18	Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig; Teil 1	17-05474
19	Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig; Teil 2	17-05473
20	Umsetzung und Finanzierung des Innovationsinkubators Braunschweig	17-05564
20.1	Umsetzung und Finanzierung des Innovationsinkubators Braunschweig	17-05564-01
21	Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss	17-05281
21.1	Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, BIBS, Die Linke. und der Gruppe Die Fraktion P ²	17-05701
21.2	Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss Stellungnahme der Verwaltung	17-05701-01
21.3	Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	17-05785

22	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Otto-Bögeholz-Straße", WT 54 Stadtgebiet zwischen Otto-Bögeholz-Straße und Bahnstrecke Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	17-05209
23	Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -	17-05147
23.1	Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -	17-05147-01
24	Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
24.1	Resolution: Fahrerlaubnisse für Diesel-Fahrzeuge in der Stadt auf- recht erhalten Antrag der AfD-Fraktion	17-05705
24.1.1	Resolution: Fahrerlaubnisse für Diesel-Fahrzeuge in der Stadt auf- recht erhalten Stellungnahme der Verwaltung	17-05705-01
25	Anfragen	
25.1	Schäden durch Orkan "Xavier" Anfrage der CDU-Fraktion	17-05718
25.1.1	Schäden durch Orkan "Xavier"	17-05718-01
25.2	Reinigungskosten Rad/Gehwege Eisenbahnüberführung Salz- dahlumer Straße Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	17-05713
25.2.1	Reinigungskosten Rad/Gehwege Eisenbahnüberführung Salz- dahlumer Straße	17-05713-01
25.3	Energiearmut in Braunschweig Anfrage der Fraktion Die Linke.	17-05715
25.3.1	Energiearmut in Braunschweig	17-05715-01
25.4	Hundewiesen Anfrage der BIBS-Fraktion	17-05723
25.4.1	Hundewiesen	17-05723-01
25.5	Klimaschutz: Senkung von NOx-Werten durch Einsatz von photo- katalytischen Bau- und Zusatzstoffen Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	17-05722
25.5.1	Klimaschutz: Senkung von NOx-Werten durch Einsatz von photo- katalytischen Bau- und Zusatzstoffen	17-05722-01

25.6	Sachstand neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen Anfrage der CDU-Fraktion	17-05720
25.6.1	Sachstand neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen	17-05720-01
25.7	Beteiligung an Planungsprozessen Anfrage der BIBS-Fraktion	17-05724
25.7.1	Beteiligung an Planungsprozessen	17-05724-01
25.8	Dringlichkeitsanfrage Hochhaus Otto von Guericke Straße - Keine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Die Linke.	17-05778
25.8.1	Dringlichkeitsanfrage Hochhaus Otto von Guericke Straße - Keine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit	17-05778-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:03 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat damit ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Unterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 11: Neuvergabe der Energienetzkonzessionen:
Vorlage 17-05627-01 und die Änderungsanträge 17-05761, 17-05780, 17-05781, 17-05779 sowie die Stellungnahme 17-05761-01
- Zu TOP 20: Umsetzung und Finanzierung des Innovationsinkubators Braunschweig:
Vorlage 17-05564-01
- Zu TOP 21: Bebauungsplan „Gieselweg/Harxbütteler Straße – neu“, TH 24:
Stellungnahme 17-05701-01
- Zu TOP 24.1: Resolution: Fahrerlaubnisse für Diesel-Fahrzeuge in der Stadt aufrecht erhalten:
Stellungnahme 17-05705-01
- Zu TOP 28: Neuvergabe der Energienetzkonzessionen:
Vorlage 17-05628-02 und Änderungsanträge 17-05761, 17-05780, 17-05781, 17-05779

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass von der Fraktion Die Linke. die Dringlichkeitsanfrage 17-05778 –Dringlichkeitsanfrage Hochhaus Otto von Guericke Straße – Keine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit - vorliegt. Die Dringlichkeit wird von Ratsherr Sommerfeld begründet. Ratsvorsitzender Graffstedt lässt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter Tagesordnungspunkt 25.8 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss den unter Punkt 4.1 genannten Antrag 17-05375 in seiner Sitzung am 1. November 2017 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden hat und somit kein Raum mehr für eine Entscheidung des Rates in der Sache besteht.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt weiter mit, dass eine Pause gegen 16:00 Uhr vorgesehen ist und der Ältestenrat dem Rat empfiehlt, den Tagesordnungspunkt 11 nach der Pause zu beraten und je nach zeitlichem Verlauf die Tagesordnungspunkte 12 bis 15 vorzuziehen und noch vor der Pause zu beraten.

Er führt weiter aus, dass vorgesehen ist, die Tagesordnungspunkte 26 bis 28 in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

Ratsvorsitzender Graffstedt lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.09.2017

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 26.09.2017 wird einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Grundlagen- und Machbarkeitsstudie: Fahrscheinfreier ÖPNV in Braunschweig 17-05375
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

Die Beratung entfällt.

Ergebnis:

Über den Antrag 17-05375 hat der Verwaltungsausschuss in der Sitzung am 01.11.2017 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden.

4.2. Schmerzzentrum wieder in Betrieb nehmen 17-05511
Antrag der AfD-Fraktion

Ratsherr Dr. Müller bringt den Antrag 17-05511 ein und begründet diesen. Ratsvorsitzender Graffstedt lässt nach Aussprache über den Antrag 17-05511 abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig möge die Schließung des Schmerzzentrums Salzdahlumer Straße rückgängig machen und derart auf die KV einwirken, den Ärzten im Schmerzzentrum Ermächtigungen zu erteilen.

Dazu muss die Stadt Braunschweig allerdings die Mittel zur Einstellung von Ärzten bereit stellen, die Schmerztherapeuten werden wollen.

Auch an eine entsprechende Fach-Ausbildung ist zu denken, die wiederum Pilot-Charakter in ganz Deutschland haben kann.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

4.3. Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und -experten	17-05620
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BIBS	
4.3.1. Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und -experten	17-05620-01
Stellungnahme der Verwaltung	

Ratsfrau Palm und die Ratsherren Dr. Mühlnickel und Rosenbaum bringen den Antrag 17-05620 ein und begründen diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr darauf hinzuwirken, die Fluglärmenschutzkommision für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg um drei von der Stadt Braunschweig vorzuschlagende Fachexperten bzw. Fachexpertinnen zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

4.4. Zusätzliche Ratssitzung	17-05686
Antrag der AfD-Fraktion	

Ratsherr Wirtz bringt den Antrag 17-05686 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen, dass es eine zusätzliche Ratssitzung geben wird, die sich nur bzw. hauptsächlich mit dem jährlichen Haushaltsplan beschäftigen soll.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

4.5. Schützenswerte Tiere im Holzmoor	17-05683
Antrag der BIBS-Fraktion	

Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringt den Antrag 17-05683 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt möge veranlassen und sicherstellen, dass im Bereich des Baugebiets Holzmoor sämtliche bau- und bauvorbereitenden Maßnahmen, die den Lebensraum und die Winterruhe der Knoblauchkröte und anderer geschützter Tierarten (z.B. Kammmolch) stören können, bis zum Abschluss von Untersuchungen im gesamten potenziellen Vorkommensgebiet unterlassen bzw. eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

5. Änderung der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	17-05446

Beschluss:

Herr Matthias Reinicke wird beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss als Nachfolger von Frau Grit Heubner.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 6. Besetzung der Ausschüsse** 17-05672
- Benennung von Stellvertreterinnen und Stellvertretern
- Bürgermitglied im Planungs- und Umweltausschuss

Beschluss:

1. Die Besetzung der beschließenden Ausschüsse nach § 6 der Hauptsatzung wird entsprechend der ergänzenden Benennung der BIBS-Fraktion vom 9. Oktober 2017 festgestellt.

2. Herr Hans-Joachim Jäger wird auf Vorschlag der CDU-Fraktion als Bürgermitglied in den Planungs- und Umweltausschuss entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 7. Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis** 17-05478

Beschluss:

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Waggum	Stellv. Ortsbrandmeister	Stahr, Marcus

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 8. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung)** 17-05309

Beschluss:

Die der Vorlage beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 9. Änderung der Entgeltordnung über die Tierkörpersammelstelle Braunschweig** 17-05439

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 17-05439 abstimmen.

Beschluss:

Die erste Änderung der Entgeltordnung über die Tierkörpersammelstelle Braunschweig wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 10. Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans** 17-05566

Während der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Ziffern einzeln abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundlagen für die Einführung einer möglichst umfangreichen dynamischen Verkehrsbeeinflussung („Feuerwehrampelschaltung“) zu erarbeiten und den städtischen Gremien Ende 2018 nach Vorliegen der Forschungsergebnisse einen konkreten Umsetzungsvorschlag vorzulegen. Die bewilligten Fördermittel, die in Höhe von rund 159.600 € als Vollfinanzierung für das Forschungsvorhaben bewilligt wurden, sind in den Haushaltsplan aufzunehmen. Eine korrespondierende Ausgabeposition ist in gleicher Höhe zu veranschlagen.
2. Die Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge (HLF) der Berufsfeuerwehr sind zukünftig mit 6 statt 5 Einsatzkräften zu besetzen.
3. Aufgrund der Empfehlungen des Gutachters für den Feuerwehrbedarfsplan sowie der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung werden im Stellenplan 2018 folgende Planstellen im Fachbereich 37 neu geschaffen:

1 x	Abteilungsleiter(in) 37.3 (Ausbildung und Technik)	A 14
1 x	Sachbearbeiter(in) Trägeraufgaben Rettungsdienst	A 10
3 x	Gruppenführer(in)	A 9 Z
3 x	Oberbrandmeister(in) Wachabteilung	A 8
3 x	Brandmeister(in) Wachabteilung	A 7
2 x	Oberbrandmeister(in) (kw 1)	A 8
1 x	Melder(in) B-Dienst (kw 1)	A 8
1 x	Oberbrandmeister(in) Kleiderkammer (kw 1)	A 8
1 x	Oberbrandmeister(in) Gerätewerkstatt (kw 1)	A 8
1 x	Werkstattleiter(in) Gerätebeschaffungen (kw 1)	A 9
1 x	Sachbearbeiter(in) Desinfektion	E 3
1 x	Sachbearbeiter(in) Kleiderkammer	E 5

4. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau von zwei neuen Feuerwehrstandorten im Südwesten und im Norden des Stadtgebietes die liegenschaftlichen und die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.
 - a) Die neue Südwestwache soll auf der Fläche nördlich der Westerbergstraße (Anlage 1) als Technik- und Logistikwache und Standort der Sonderfahrzeuge der Berufsfeuerwehr entstehen.
 - b) Die neue Nordwache soll auf dem Eckgrundstück Claviusstraße/Bienroder Straße (Anlage 2) als Ausbildungswache entstehen.
5. In Timmerlah wird ein neues Feuerwehrhaus für die Ortsfeuerwehr auf dem bereits vorhandenen städtischen Grundstück (Anlage 3) errichtet. Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von insgesamt 1.500.000 € werden in das Investitionsprogramm 2017 bis 2021 für die Jahre 2018 und 2019 eingeplant.
6. Die Alarm- und Ausrückeordnung der Ortsfeuerwehren wird bis Ende 2017 überarbeitet. Dabei sind die Anregungen des Stadtkommandos der Freiwilligen Feuerwehr zum Gutachten für den Feuerwehrbedarfsplan zu berücksichtigen.
7. Das vom Gutachter für den Feuerwehrbedarfsplan empfohlene Fahrzeug- und Ausstattungskonzept wird mittelfristig umgesetzt. Die dafür notwendigen Finanzmittel sind in das Investitionsprogramm 2017 bis 2021 mit den folgenden Jahresraten aufzunehmen:

2018: 2.288.500,- €
2019: 2.213.900,- €
2020: 2.712.900,- €
2021: 3.250.900,- €

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern:

- Ziffer 1: einstimmig beschlossen
- Ziffer 2: bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen beschlossen
- Ziffer 3: bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen
- Ziffer 4: einstimmig beschlossen
- Ziffer 5: bei 1 Enthaltung beschlossen
- Ziffer 6: bei 2 Enthaltungen beschlossen
- Ziffer 7: bei 5 Enthaltungen beschlossen

12. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

17-05468

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Zwölfe Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung)

17-05426

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Beschlussvorlage 17-05426 abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Zwölfe Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

14. Zwölfe Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallsorgungsgebührensatzung)

17-05423

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Zwölfe Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallsorgungsgebührensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

15. Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

17-05435

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

Um 16:00 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 16:40 Uhr mit der Beratung von TOP 11 fortgesetzt.

- | | |
|--|-------------|
| 11. Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021 | 17-05627 |
| • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten | |
| • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy | |
| 11.1. Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021 | 17-05627-01 |
| • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten | |
| • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy | |
| 11.2. Änderungsantrag zu den Vorlagen "Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021..." | 17-05761 |
| Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | |
| 11.2.1. Änderungsantrag zu den Vorlagen "Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021..." | 17-05761-01 |
| Stellungnahme der Verwaltung | |
| 11.3. Änderungsantrag zu den Beschlussvorlagen 17-05627 und 17-05628 | 17-05780 |
| Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021 | |
| • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten | |
| • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy | |
| Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. | |
| 11.4. Änderungsantrag 2 zu den Beschlussvorlagen 17-05627 und 17-05628 | 17-05781 |
| Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021 | |
| • Stufe 1 - Grundsatzentscheidung zur Festlegung der im weiteren Verfahren zugrunde zu legenden Handlungsoption nach dem Ergebnis der Prüfung und Bewertung der zukünftigen grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten | |
| • Vorvertrag über die zukünftige Ausrichtung von BS Energy | |
| Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. | |
| 11.5. Änderungsantrag zu den Vorlagen "Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021..." | 17-05779 |
| Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | |

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt zu Beginn der Beratung des Punktes mit, dass für jeweils ein Ratsmitglied pro Fraktion die Redezeit auf 10 Minuten verlängert wird. Er verweist außerdem auf die Ergänzung zur Vorlage, die eingereichten Änderungsanträge und die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge. Die Vorlage wird durch Oberbürgermeister Markurth und Ersten Stadtrat Geiger eingebracht. Erster Stadtrat Geiger erläutert das bisherige Verfahren und die Arbeitsschritte zur Erarbeitung der Vorlage. Oberbürgermeister Markurth stellt die inhaltliche Position der Stadt in dem Zusammenhang dar. Daran anschließend findet die Aussprache statt. Ratsherr Sommerfeld bringt die Änderungsanträge 17-05780 und 17-05781 ein und begründet diese. Ratsherr Böttcher bringt den Änderungsantrag 17-05761 und Ratsherr Rosenbaum den Änderungsantrag 17-05779 ein. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz die getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern des Änderungsantrages 17-05781. Am Ende der Aussprache gibt Ratsherr Böttcher eine persönliche Erklärung ab. Im An-

schluss daran lässt Ratsvorsitzender Graffstedt der Reihenfolge nach zunächst über die Änderungsanträge 17-05781 (getrennt über Ziff. 1. bis 3.), 17-05761, 17-05780 und 17-05779 abstimmen. Danach stellt er die Vorlage 17-05627-01 zur Abstimmung.

Beschluss zum Änderungsantrag 17-05781:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird durch den folgenden Text ersetzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Unterstützung der bereits beteiligten Beratungsunternehmen die Gründung einer neuen städtischen Gesellschaft (entsprechend Modell 3 des Modellvergleichs von Rödl und Partner) unverzüglich auf seine Realisierbarkeit zu prüfen. Das Ergebnis dieser vertiefenden Prüfung soll bis zur nächsten Ratssitzung mitgeteilt werden.
2. An der neuen Gesellschaft soll ein kommunales Energieversorgungsunternehmen mit einem Minderheitsanteil beteiligt werden.
3. Die Beschlussfassung über den von der Verwaltung vorgelegte Vorvertrag wird bis zur nächsten Ratssitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern:

Ziff. 1: bei Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt
Ziff. 2: bei Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt
Ziff. 3: bei Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

Beschluss zum Änderungsantrag 17-05761:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird durch den folgenden Text ersetzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Unterstützung der bereits beteiligten Beratungsunternehmen die Gründung einer neuen städtischen Gesellschaft (entsprechend Modell 3 des Modellvergleichs von Rödl und Partner) unverzüglich in die Wege zu leiten.
2. An der neuen Gesellschaft soll ein kommunal beherrschtes Energieversorgungsunternehmen mit einem Minderheitsanteil beteiligt werden.
3. Die neue Gesellschaft soll sich an der Ausschreibung der Konzessionen für die Strom- und Gasnetze beteiligen.
4. Die Ausschreibung der Konzessionen für Strom und Gas erfolgt im rechtlich vorgegebenen Rahmen.
5. Eine vertragliche Vereinbarung mit BS|Energy über den weiteren Betrieb der Leitungsnetze für Wasser und Fernwärme wird neu verhandelt. Der von der Verwaltung vorgelegte Vorvertrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zum Änderungsantrag 17-05780:

Der Rat möge folgendes beschließen:

1. Bei dem geeigneten Bieter muss es sich um ein kommunales Unternehmen handeln, bei dem eine oder mehrere Kommunen aus dem Gebiet des Regionalverbandes Braunschweig, der Region Hannover oder der Landeshauptstadt Magdeburg alle Anteile halten.
2. Im Verkaufsverfahren soll den Bieter mitgeteilt werden, dass die Stadt Braunschweig wünscht, bei dem geeigneten Bieter im Gegenzug ebenfalls Anteile zu erwerben. Die Bieter

sollen also mitteilen, ob der Ankauf von Anteilen durch die Stadt Braunschweig möglich ist. Weiter soll den Bieter mitgeteilt werden, dass die Bereitschaft zur Veräußerung eigener Anteile an die Stadt Braunschweig in die Bewertung der vorgelegten Konzepte mit einfließen soll.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zum Änderungsantrag 17-05779:

1. Die Konzessionen bzgl. der Strom- und Gasnetze sind gemäß Vorgaben des Europa-rechts - wie bereits vorgesehen - auszuschreiben. Bei den Wegerechten/Gestattungen bzw. Konzessionierungen der weiteren Netze

- für Wasser,
- für Fernwärme sowie
- für Breitbandversorgung/Datennetze

behält sich der Rat weitere Beratungen sowie die spätere Beschlussfassung darüber vor.

2. Vor einer etwaigen Übernahme von Anteilen aus dem Noch-74,9%-igen Bestand Veolias an BS-Energy ist eine unabhängige, gutachterliche Bewertung von BS-Energy erforderlich, welche insbesondere auch das Risiko des EON/Uniper-Vertrages (Stichwort: "Gemeinsames Virtuelles Kraftwerk") abschätzt.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zur Vorlage 17-05627-01:

1. Dem "Vorvertrag in Bezug auf die zukünftige Ausrichtung von BS|Energy" zwischen der Stadt Braunschweig, der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG), der Veolia Deutschland GmbH und der Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (VSBB) wird zugestimmt.
2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SBBG werden angewie-sen, die Geschäftsführung der SBBG zu veranlassen, den o. g. Vorvertrag für die SBBG abzuschließen, soweit die Rechte der SBBG berührt sind (Regelungen zu einer mögli-chen Veräußerung von BS|Energy-Anteilen **inklusive Zustimmung zu dem von einem Wirtschaftsprüfer ermittelten objektivierten Unternehmenswert der BS|Energy** so-wie konsortialvertragliche Vereinbarungen mit Ausnahme der Bestimmungen zu den Konzessionen).
3. Die Stadt wird nur die Konzessionen für Strom und Gas ab dem Jahre 2021 im rechtlich vorgegebenen Verfahren ausschreiben und von zusätzlichen Aktivitäten **in den Netzbe-reichen Strom und Gas** absehen, die über die Beteiligung der SBBG an BS|Energy hin-ausgehen.
4. Der im o. g. Vorvertrag vereinbarten Regelungsabsicht, die Verträge für die Sparten Fernwärme und Wasser mit BS|Energy neu abzuschließen, wird zugestimmt.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, etwaige redaktionelle Anpassungen des Vorvertrags vorzunehmen.

Die Verwaltung wird gebeten, das erreichte Verhandlungsergebnis hinsichtlich der möglichen Anteilsveräußerung sowie des vorgesehenen Vertragsschlusses hinsichtlich Fernwärme und Wasser zeitnah mit der Kommunalaufsicht abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Von 19:25 Uhr bis 19:40 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Nach der Pause wird die Sitzung unter Leitung des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Edelmann fortgesetzt.

**16. Kinder- und familienfreundliche Stadt Braunschweig
Ausbau der Kinderbetreuungsplätze**

17-04871

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Beschlussvorlage 17-04871 abstimmen.

Beschluss:

1. Aufgrund der steigenden Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder (U3) und der steigenden Kinderzahlen für die 0-3-Jährigen sowie die 3-6-Jährigen entsprechend der aktuell gültigen Prognosen wird die Verwaltung beauftragt, den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze zu prüfen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt in Abstimmung mit den freien Trägern von Kindertagesstätten ein Standortkonzept zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze unter Berücksichtigung planungsrelevanter und sozialraumorientierter Bedarfe durch Neubau, Umbau, Anbau oder Umnutzung geeigneter Räumlichkeiten zu erarbeiten und umzusetzen.
3. Dabei wird erstmalig angestrebt, die erforderlichen Betreuungseinrichtungen bzw. zusätzliche Plätze durch Dritte (freie Träger, sonstige Investoren) herstellen zu lassen. Entsprechende Angebote werden im Rahmen der Erarbeitung des Standortkonzepts geprüft und von dieser Möglichkeit vorrangig Gebrauch gemacht. Nur für den Fall, dass sich der Bedarf durch diese zusätzlichen Plätze nicht decken lässt, soll die Stadt als Bauherrin auftreten. Die Konkretisierung dieser Maßnahmen erfolgt im Rahmen der jeweiligen Einzelbeschlüsse zur Objekt- und Kostenfeststellung.
4. Im Rahmen des Standortkonzeptes werden Aussagen zur konkreten Finanzierung der Maßnahmen getroffen.
5. Die Erarbeitung und Umsetzung des Standortkonzeptes und Ausbauprogramms muss personell begleitet werden. Zusätzliche Stellenbedarfe können sich in den Bereichen Planung, Platzvermittlung, Kindertagesstättenförderung, Entgeltberechnung sowie ggf. Hochbau (Planung und Bauausführung) ergeben. Die stellenplanmäßigen Konsequenzen werden gegebenenfalls in einer gesonderten Vorlage vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**17. Schulentwicklungsplan für die allgemein bildenden Schulen
(SEP): Teil I zu weiterführenden Schulen und Grundschulen**

17-05461

17.1. Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 17-05461

17-05690

Schulentwicklungsplan für die allgemein bildenden Schulen

(SEP): Teil I zu weiterführenden Schulen und Grundschulen

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Änderungsantrag 17-05690 ein und begründet diesen. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz die getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern der Beschlussvorlage 17-05461. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann zunächst über den Änderungsantrag 17-05690 abstimmen und stellt im Anschluss daran die einzelnen Ziffern der Vorlage 17-05461 getrennt zur Abstimmung.

Beschluss zum Änderungsantrag 17-05690:

Der Rat möge folgende Ergänzung des Punktes 3 beschließen:

Die Prüfung der Möglichkeiten zur Erweiterung der IGS-Kapazitäten erfolgt sehr zeitnah, um dem Elternwillen nach mehr Plätzen an einer IGS Rechnung zu tragen. Dabei sollen auch Zwischenlösungen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
bei 7 Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zur Vorlage 17-05461:

1. Die „Strategischen Ziele einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung“ (s. Anlage 1) sind Bestandteil des SEP.
2. Um die zusätzlichen Bedarfe durch den Wechsel von G8 zu G9 und steigenden Schülerzahlen an den Gymnasien zu decken, werden in einem ersten Schritt weitere Kapazitäten im Umfang von bis zu fünf Zügen an den Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule sowie durch zusätzliche mobile Raumeinheiten am Lessinggymnasium geschaffen. Es wird kontinuierlich überprüft, wie sich die Bedarfe an den Gymnasien insgesamt weiterentwickeln. Sollten die zusätzlichen Kapazitäten nicht ausreichen, um die Be- schulung zu gewährleisten, wird rechtzeitig zu entscheiden sein, welche weiteren bis dahin zu erarbeitenden Optionen umgesetzt werden sollen.
3. Für die Errichtung weiterer IGS-Kapazitäten (mindestens 4 Züge) ergeben sich 3 Optionen, die auf der Grundlage der Prüfung von Gesprächsergebnissen mit allen Realschulen, Hauptschulen und Integrierten Gesamtschulen weiter verfolgt werden bis zur Beschlussreife. Die Optionen sind der „Ausbau der Kapazitäten an den vorhandenen Isen“, die „Wandlung eines vorhandenen Haupt- bzw. Realschulstandorts“ bzw. der „Neubau einer 6. IGS“.

Die Umwandlung eines Gymnasialstandorts in eine IGS ist schon aufgrund der Kapazi- tätsprobleme an den Gymnasien keine Option.

4. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen im Grundschulbereich und des weiterhin hohen Bedarfs an Ganztagsplätzen wird die Verwaltung in einem ersten Schritt in Abstimmung mit den Stadtbezirksräten und den betroffenen Grundschulen konkret die Zusammenlegung der Grundschulbezirke für die Grundschulen Stöckheim/Melverode, der Grundschulbezirke für die Grundschulen Diesterwegstraße, Hohestieg und Bürgerstraße prüfen. Ggf. werden auch die Möglichkeiten einer Zusammenlegung der Bezirke der Grundschulen im innerstädtischen Bereich geprüft. Die Ergebnisse werden die Grundlage für eine Be- schlussvorlage an den Rat im 1. Quartal 2018 sein. Die Aufhebung der Grundschulbezirke insgesamt wird parallel geprüft, auch unter Einbezug der Argumentation der Grundschul- leitungen.

Aufgrund der Wohnbaugebietsentwicklungen werden die Außenstellen des Gymnasiums Neue Oberschule an der GS Bültenweg und des Gymnasiums Ricarda-Huch-Schule an der GS Gliesmarode aufgelöst. So werden an beiden Standorten die erforderlichen Kapazitäten für die Grundschülerinnen und Grundschüler geschaffen.

5. Auf eine Bürgerbefragung zum SEP gemäß Ratsbeschluss vom 8. November 2011 wird verzichtet, da aufgrund der intensiven Beteiligung den relevanten Akteuren genügend Gelegenheit gegeben wurde, sich in den Prozess aktiv einbringen zu können.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern:

- | | |
|-----------|---|
| Ziffer 1: | einstimmig beschlossen |
| Ziffer 2: | einstimmig beschlossen |
| Ziffer 3: | bei 5 Gegenstimmen beschlossen |
| Ziffer 4: | einstimmig beschlossen |
| Ziffer 5: | bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen |

- 18. Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig; Teil 1** 17-05474

Beschluss:

Teil 1 der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig (Zuwendungen zu den Organisations- und Raumkosten der anerkannten Jugendverbände und Jugendgruppen) wird wie nachfolgend und in der Anlage dargestellt geändert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 19. Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig; Teil 2** 17-05473

Beschluss:

Teil 2 der Richtlinien (Zuschüsse für Aktivitäten, Funktionsgegenstände und Investitionsmaßnahmen an die Träger der freien Jugendhilfe im Bereich der Jugendförderung) wird gemäß der Gegenüberstellung in Anlage 1 geändert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 20. Umsetzung und Finanzierung des Innovationsinkubators Braunschweig** 17-05564

- 20.1. Umsetzung und Finanzierung des Innovationsinkubators Braunschweig** 17-05564-01

Nach Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann die Vorlage 17-05564-01 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der in der Vorlage vorgeschlagenen Umsetzung und der Finanzierung des Innovationsinkubators Braunschweig in den Jahren 2018 - 2020 aus Mitteln des Existenzgründerfonds, der Kofinanzierung von Projekten der Wirtschaftsförderung und der Fachkräfteentwicklung und der Kultur- und Kreativwirtschaft wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

21.	Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss	17-05281
21.1.	Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, BIBS, Die Linke. und der Gruppe Die Fraktion P ²	17-05701
21.2.	Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss Stellungnahme der Verwaltung	17-05701-01
21.3.	Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	17-05785

Ratsfrau Buchholz bringt den Änderungsantrag 17-05701 und Ratsherr Rosenbaum den Änderungsantrag 17-05785 ein.

Am Ende der Aussprache weist stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann darauf hin, dass bei der Vorberatung des Änderungsantrages 17-05701 im Planungs- und Umweltausschuss und im Verwaltungsausschuss über die Sachverhaltsdarstellung getrennt in fünf Abschnitte abgestimmt wurde. Anschließend lässt er zunächst über die einzelnen Abschnitte des Änderungsantrages abstimmen. Im Anschluss daran stellt er den Änderungsantrag 17-05785 zur Abstimmung. Abschließend stellt er die Vorlage 17-05281 in der Fassung der zuvor beschlossenen Änderungen durch die Änderungsanträge zur Abstimmung.

Beschluss zum Änderungsantrag 17-05701:

Beschlussvorschlag unverändert: "Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu“, TH 24, beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung über einzelne Passagen des Sachverhaltes:

1. Text unter der Überschrift „Unwirksamkeit des Bebauungsplans“ von „Das OVG hat in seiner Entscheidung ...“ bis „... als auch die Umsetzung des Vorsorgeprinzips sicherzustellen“ streichen;

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen beschlossen

2. Überschrift und Text unter „Urteil des OVG“ streichen;

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen beschlossen

3. unter der Überschrift „Planungsziele“ Sätze „Aufgrund des rechtlichen Risikos bei Beibehaltung eines über die Strahlenschutzverordnung hinausgehenden Vorsorgeprinzips werden die Regelungen zum Strahlenschutz nicht weiterverfolgt. Die übrigen Planungsziele gelten fort“ streichen;

Abstimmungsergebnis: bei Fürstimmen abgelehnt

4. unter der Überschrift „Planungsziele“ neuen Satz „Hierbei ist die Nähe zu Schulen, Kita, Jugendzentrum und Wohnbebauung zu berücksichtigen“ eingefügt;

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

5. unter der Überschrift „Planungsziele“ im nächsten Absatz den ersten Satz durch die unterstrichenen Worte ergänzen: „Dazu soll neben anderen Maßnahmen der Gewerbestandort in seiner Ausdehnung räumlich begrenzt und die Zulässigkeit anderer störender Nutzungen neu geregelt werden.“

Abstimmungsergebnis: bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

Beschluss zum Änderungsantrag 17-05785:

Der Rat begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung zum Stresstest: "Die Verwaltung beabsichtigt, mögliche Risiken aus dem Betrieb und somit auch den abschließenden Stresstest am Standort Braunschweig-Thune in die Gesamtabwägung über den neuen Bebauungsplan TH 24 einzubeziehen."

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

Beschluss zur Vorlage 17-05281 (mit geänderten Text im Sachverhalt der Vorlage):

Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu“, TH 24, beschlossen.

Änderungen im Sachverhalt der Vorlage:

1. der Text unter der Überschrift „Unwirksamkeit des Bebauungsplans“ von „Das OVG hat in seiner Entscheidung ...“ bis „... als auch die Umsetzung des Vorsorgeprinzips sicherzustellen“ wird gestrichen;
2. die Überschrift und der Text unter „Urteil des OVG“ werden gestrichen;
3. unter der Überschrift „Planungsziele“ wird der neue Satz „Hierbei ist die Nähe zu Schulen, Kita, Jugendzentrum und Wohnbebauung zu berücksichtigen“ eingefügt;
4. unter der Überschrift „Planungsziele“ wird im nächsten Absatz der erste Satz durch die unterstrichenen Worte ergänzt: „Dazu soll neben anderen Maßnahmen der Gewerbestandort in seiner Ausdehnung räumlich begrenzt und die Zulässigkeit anderer störender Nutzungen neu geregelt werden.“

Abstimmungsergebnis (geändert):

bei 6 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen beschlossen in der Fassung der angenommenen Textpassagen aus dem Sachverhalt des Änderungsantrages 17-05701

**22. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Otto-Bögeholz-Straße", WT 54
Stadtgebiet zwischen Otto-Bögeholz-Straße und Bahnstrecke
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss** 17-05209

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage 17-05209 abstimmen.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anla-

- gen 6 und 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Otto-Bögeholz-Straße“, WT 54, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
 3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

- | | |
|---|--------------------|
| 23. Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen | 17-05147 |
| - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung - | |
| 23.1. Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen | 17-05147-01 |
| - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung - | |

Stellvertretender Ratsvorsitzender stellt die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 17-05147-01 zur Abstimmung.

Beschluss:

Gemäß § 3 Abs. 2 und § 9 der Straßenausbaubeitragssatzung (ABS) der Stadt Braunschweig vom 11. Mai 2010 in der jetzt geltenden Fassung wird für den Ausbau der unter Ziffer I aufgeführten Straße die Abschnittsbildung und Aufwandsspaltung und für die unter Ziffer II aufgeführten Straßen die Aufwandsspaltung beschlossen.

I. Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung

1.1 Helmstedter Straße

Erneuerung der Fahrbahn, der Gehwege, der Radwege, der Straßenentwässerung, des Straßenbegleitgrüns und der Borde der Helmstedter Straße zwischen Schillstraße und Am Hauptgüterbahnhof

II. Aufwandsspaltung

2.1 Stobenstraße/Auguststraße

Erneuerung der westlichen Fahrbahn und Straßenentwässerung der Verkehrsanlage „Stobenstraße/Auguststraße“ zwischen John-F.-Kennedy-Platz und Waisenhausdamm

2.2 Bohlweg/Stobenstraße/Auguststraße

Erneuerung der östlichen Fahrbahn und Straßenentwässerung der Verkehrsanlage „Bohlweg/Stobenstraße/Auguststraße“ zwischen John-F.-Kennedy-Platz und Georg-Eckert-Straße

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24. Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
24.1. Resolution: Fahrerlaubnisse für Diesel-Fahrzeuge in der Stadt aufrecht erhalten	17-05705
Antrag der AfD-Fraktion	
24.1.1. Resolution: Fahrerlaubnisse für Diesel-Fahrzeuge in der Stadt aufrecht erhalten	17-05705-01
Stellungnahme der Verwaltung	

Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 17-05705 ein und zieht ihn am Ende seiner Ausführungen zurück.

Ergebnis:

Der Antrag 17-05705 wird vom Antragsteller zurückgezogen.
Die Stellungnahme 17-05705-01 wird zur Kenntnis genommen.

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber übernimmt die Sitzungsleitung.

25. Anfragen

Die Anfragen einschließlich der Dringlichkeitsanfrage werden von 21:46 Uhr bis 22.55 Uhr beantwortet.

25.1. Schäden durch Orkan "Xavier"	17-05718
Anfrage der CDU-Fraktion	

25.1.1. Schäden durch Orkan "Xavier"	17-05718-01
---	--------------------

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05718-01). Eine Zusatzanfrage wird beantwortet.

25.2. Reinigungskosten Rad/Gehwege Eisenbahnüberführung Salzdahlumer Straße	17-05713
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

25.2.1. Reinigungskosten Rad/Gehwege Eisenbahnüberführung Salzdahlumer Straße	17-05713-01
--	--------------------

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05713-01).

25.3. Energiearmut in Braunschweig	17-05715
Anfrage der Fraktion Die Linke.	

25.3.1. Energiearmut in Braunschweig	17-05715-01
---	--------------------

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-05715-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

25.4. Hundewiesen	17-05723
Anfrage der BIBS-Fraktion	

25.4.1. Hundewiesen	17-05723-01
----------------------------	--------------------

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 17-05723-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

25.5. Klimaschutz: Senkung von NOx-Werten durch Einsatz von photo-katalytischen Bau- und Zusatzstoffen Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²	17-05722
25.5.1. Klimaschutz: Senkung von NOx-Werten durch Einsatz von photo-katalytischen Bau- und Zusatzstoffen	17-05722-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05722-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

25.6. Sachstand neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen Anfrage der CDU-Fraktion	17-05720
25.6.1. Sachstand neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen	17-05720-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05720-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

25.7. Beteiligung an Planungsprozessen Anfrage der BIBS-Fraktion	17-05724
25.7.1. Beteiligung an Planungsprozessen	17-05724-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05724-01).

25.8. Dringlichkeitsanfrage Hochhaus Otto von Guericke Straße - Keine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Die Linke.	17-05778
25.8.1. Dringlichkeitsanfrage	17-05778-01

Hochhaus Otto von Guericke Straße - Keine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05778-01).

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt wieder die Sitzungsleitung und stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und schließt die Sitzung um 23:05 Uhr.

gez.

gez.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

Graffstedt
Ratsvorsitzender

Geppert